

Autor Regli, Peter

Titel **Die Schweiz und ihre nationale Sicherheit**

Ort, Datum/Jahr Schweiz, Februar 2006

GKND-Dok.nr. SB-2006-02-01

Die aktuellen Herausforderungen

Die sicherheitspolitischen Herausforderungen haben sich in den letzten Jahren für Europa und die Schweiz wenig verändert. Sie werden, abgesehen von immer möglichen überraschend eintretenden Ereignissen, auch für das Jahr 2006 Bestand haben. Einzelne dieser Herausforderungen haben sich aber akzentuiert. So ist der islamistische Terrorismus zur allgemeinen Bedrohung unseres jüdisch-christlichen Abendlandes und unserer demokratischen Rechtsordnungen geworden. Das totalitäre, menschenverachtende und Frauen diskriminierende Krebsgeschwür „Islamismus“ weist bereits Metastasen in den meisten Ländern Westeuropas, auch in der Schweiz, auf. Andere Herausforderungen behalten ihre Bedeutung, wie die unkontrollierte Migration, die Geldwäscherei, der Auto-, Menschen-, Waffen-, Drogen und Organhandel, der Gewaltextremismus linker und rechter Prägung sowie die Proliferation von Massenvernichtungswaffen chemischer, biologischer und nuklearer Art. Sie werden, hauptsächlich durch die staatlichen Nachrichtendienste aufmerksam verfolgt und beurteilt. Auch weiterhin und mit zunehmender Intensität wird mit Informationsoperationen zu rechnen sein. Eine bestimmte Journalistengattung benutzt für ihre Schlagzeilen Informationen als Waffe und nimmt dabei zumindest in Kauf mit der Kampagne bei Personen, Behörden und Institutionen Schaden anzurichten. Ebenfalls die Bedrohung der vernetzten Informationstechnologie, insbesondere der s. g. „kritischen nationalen Infrastruktur“ durch staatliche und nichtstaatliche Akteure, hat nichts an Bedeutung verloren und muss ernst genommen und permanent verfolgt werden.

Allgemein bekannt ist mittlerweile die wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung einer Grippe-Pandemie, welche auf unserem Kontinenten früher oder später ausbrechen wird. Deren Erreger und der genaue Zeitpunkt des Ausbruches sind noch unbekannt. Das Geflügelgrippe-Virus H5N1 hat in diesem Zusammenhang eine grosse Bedeutung und wird daher auch weltweit, besonders durch die WHO, aufmerksam beobachtet.

Im Hinblick auf grössere Ereignisse in der Fussballwelt, wie die WM 06 in Deutschland und die Euro 08 in der Schweiz und Österreich, ist dem Phänomen „Hooliganismus“ erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken, d.h. der von zerstörerischer Wut begleiteten Erscheinungen am Rand von und in Spielarenen.

Auf der strategischen Ebene ist die weitere Entwicklung des Machtdreieckes USA – Volksrepublik China-Indien aufmerksam zu beobachten, insbesondere was die Verfolgung nationaler Interessen dieser Staaten bezüglich Rohstoff- und Energievorkommen betrifft. Es fällt auf, dass speziell *ein* Land eine klare, langfristige Strategie hat, welche über eine Legislaturperiode von 4 Jahren hinausgeht: das Reich der Mitte unter der vorausschauenden und machtpolitischen Führung seines Leaders Hu Jintao und seines Politbüros.

Wir befinden uns also unverändert in einer unsicheren, komplexen, gefährdeten Sicherheitslage. Bezüglich der Herausforderung „islamistischer Terrorismus“ sei die Frage erlaubt, ob wir uns inzwischen nicht in einem neuen, asymmetrischen Weltkrieg befinden, den wir noch nicht richtig zur Kenntnis genommen haben und auf den wir (noch) ungenügend vorbereitet sind.

Wo steht die Schweiz?

Diejenigen Bürgerinnen und Bürger, welche die Entwicklung der Lage aufmerksam verfolgen, wissen, dass auch wir Teil dieser unsicheren und komplexen Welt sind, dass innere und äussere Sicherheit schon seit geraumer Zeit nicht mehr getrennt werden können. In der asymmetrischen Lage sind hauptsächlich die Nachrichtendienste - als erste Verteidigungslinie - zusammen mit Justiz und Polizei auf Stufe Bund, Kantone und Städte gefordert.

Die umfassende Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus ist erkannt. Der enge Dialog mit unserer eigenen, muslimischen Bevölkerung ist notwendig und eingeleitet. Letztere muss klar von den irrationalen Gewaltakten der Fundamentalisten öffentlich Abstand nehmen, Fanatiker und Hassprediger in den eigenen Reihen erkennen, diese isolieren und die Prinzipien unseres Rechtsstaates umsetzen helfen. Die Bestrebungen der islamischen Gemeinschaften von Zürich und Basel sind diesbezüglich echte Hoffungsschimmer.

Die für die Wahrung der inneren und äusseren Sicherheit zuständigen Politiker steuern die Sicherheit leider schwergewichtig über die Finanzen. Sie haben verlernt, das „Undenkbare zu denken“ und das „Unerwartete zu erwarten“ und definieren die Mittel für die nationale Sicherheit über Budgetzahlen. Der Datenschutz mutiert immer mehr zum Täterschutz. Justiz und Polizei werden dadurch in einer effizienten Bekämpfung der Kriminalität zunehmend behindert.

Auf Stufe Bund hat man, dank der Leaderfunktion des Chefs EJPD, in den vergangenen zwei Jahren Verbesserungen realisiert. So wurden die Nachrichtendienste zu engerer Zusammenarbeit veranlasst. Der unnötige Nachrichtenkoordinator wurde mit dem Dank des Vaterlandes entlassen. Es wurde ein Kern-/Krisenstab auf Stufe Sicherheitsausschuss des Bundesrates gebildet. Die Anpassung bestimmter Gesetze und neue Verordnungen haben die Arbeit der Dienste effizienter gestaltet. Diese leisten anerkanntermassen gute Arbeit.

Die Bundeskriminalpolizei (BKP) beginnt, effizient Fuss zu fassen. Ihre Arbeit wird in den Kantonen zunehmend geschätzt. Sofern die BKP nicht mehr durch die Bundesanwaltschaft für eher fragwürdige Operationen missbraucht wird, wie diejenige gegen die Hells-Angels und gegen al Taqwa, wird sie in- und ausländischen Missetätern in zunehmendem Masse die Tätigkeit erschweren können. Aufgrund der Entwicklung der Lage müsste man der BKP auch die Möglichkeit geben, vermehrt Operationen gemäss dem Prinzip von „intelligence led policing“ resp. im präventiven Bereich durchführen zu können. Dazu müsste wohl auch die Integration des Dienstes für Analyse und Prävention, der „Inlandgeheimdienst“, in die BKP ins Auge gefasst werden. Schliesslich sollte die kontrollierende Geschäftsprüfungsdelegation der GPK beider Räte nicht nur kontrollieren und kritisieren, sondern auch vorausdenkend, kreativ und unterstützend wirken. Diese Art von aktiver Rückenstärkung wäre für die Dienste wertvoll.

Was wäre noch zu tun?

Eine grosse Sünde unserer höchsten Legislative und Exekutive ist die Steuerung der nationalen Sicherheit über das Geld. Es wäre unverzeihlich, wenn ein Umdenken nur aufgrund von „Management by Kopfanschlagens“ erzwungen würde.

Unser Land kann sich vor schlimmen Überraschungen nur genügend schützen, wenn die für die Sicherheit zuständigen Instanzen aufgrund einer gründlichen und laufenden Beurteilung der Lage, die Notwendigkeit nach zusätzlichen Mittel erkennen. England, Spanien, Italien,

Deutschland, Holland u. a. haben die Lektion in den vergangenen drei Jahren auf die harte Art lernen und entsprechende Massnahmen treffen müssen. Der an der Polizeifront leider sehr oft gehörte Zustand des „Datenschutzes gleich Täterschutz“ muss ernst genommen werden. Korrektur ist hier dringend notwendig. Niemand will einen Polizeistaat! Man muss die Bürgerin und den Bürger aber überzeugen, dass mehr Sicherheit etwas weniger Freiheit bedeuten kann. Sicherheit ist ein öffentliches Gut, welches der Staat, mit seinem Machtmonopol schützen muss. Dieses Machtmonopol darf nicht erodieren und abgegeben resp. billig delegiert werden. Das permanente Führen des sicherheitspolitischen Dialoges auf breiter Front ist daher dringend notwendig. Der Auftrag der Armee in der inneren Sicherheit ist dabei neu zu definieren.

Ein weiteres, wichtiges Thema im sicherheitspolitischen Bereich ist „Leadership“. Niemand weiss, ob unsere oberste politische Führung im Falle einer komplexen Katastrophe führungs-mässig bestehen würde. Schulung mit gezielten Übungen wäre zu fordern. Der Bundesrat müsste zur regelmässigen Ausbildung angehalten werden. Strategische Führungsübungen während 48 bis 72 Stunden, in abgeschiedener Lage, ohne Präsenz von Boulevardmedien, wo mögliche und wahrscheinliche Szenarien und unter strenger Beurteilung von Experten durchgespielt würden, würde auch das Vertrauen des Landes in unsere politische Führung verbessern. Dass dies nach dem politischen Debakel von Dezember 2005 (Beispiel Swisscom) notwendig wäre, bezweifelt niemand.

Eine letzte, wichtige Voraussetzung für eine verbesserte Sicherheitslage in der Schweiz, ist eine Bevölkerung, welche am Thema Sicherheit interessiert ist. Das Terror-Attentat vom 7. Juli in London z.B. konnte nur Dank der aktiven Mithilfe der Bevölkerung innert kürzester Zeit erfolgreich aufgeklärt werden. Das Bewusstsein für die eigene Sicherheit muss gesteigert werden. Dabei spielen die verantwortungsvollen Medienschaffenden (die Mehrheit ist dazu zu zählen) sowie jede Bürgerin und jeder Bürger eine wichtige Rolle.